

Gemeinderat von Zürich

10.06.98

Dringliches Postulat von Niklaus Scherr (AL) und Robert Schönbächler (CVP)

Der Stadtrat wird ersucht, im Rahmen der derzeit laufenden Plangenehmigungsverfahren (PGV) für die verschiedenen Bahn2000/S-Bahn Ausbauprojekte im Knoten Zürich (Flügelbahnhof, Wipkinger Viadukt, Kohlendreieck, Altstetten Süd, Herdern 4. Etappe etc.) Einsprache resp. Beschwerde zu erheben mit folgendem Ziel:

- Erwirken eines 1-jährigen Ausführungsstops für die noch nicht plangenehmigten Teilprojekte des Knotens Zürich;
- Einsetzen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Bund/SBB-Stadt Zürich-Kanton Zürich zur Prüfung sämtlicher betrieblichen und baulichen Alternativen in finanzieller, ökologischer und städtebaulicher Hinsicht;
- Vorlegen eines städtebaulich befriedigenden Gesamtkonzepts;
- Vorlegen eines Konzepts für die langfristige Entwicklung des Fernverkehrs im Knoten Zürich;
- Vorlegen eines nachvollziehbaren Bedarfsnachweises für die einzelnen Projekte.

Begründung:

Am 29. Mai 1998 ist die Plangenehmigungsvorlage für den umstrittenen Flügelbahnhof („Halle Langstrasse“) ausgeschrieben worden, nach der Sommerpause soll die Ausschreibung für den Viaduktausbau Wipkingen erfolgen. Zurzeit im Gang sind eine Reihe von weiteren Plangenehmigungsverfahren: Anpassungen Bereich Kohlendreieck, Altstetten-Süd, Ersatz der Gastankanlage T-Gruppe etc. Alle diese Projekte hängen eng zusammen als Teil der von den SBB-Planern gewählten Entflechtungsalternativen Bahn 2000/S-Bahn Zürich im Bereich des „Knotens Zürich“. Monat für Monat werden von der SBB neue Teilprojekte aufgelegt; ein Gesamtprojekt für die Lösung der Bahn-2000-Probleme im Knoten Zürich wurde jedoch noch nie vorgelegt oder gar öffentlich debattiert. Angesichts der enormen zu investierenden Beträge in diese Projekte (rund 1 Milliarde Franken) und der massiven Kritik verschiedener Kreise an einzelnen Teilprojekten (Wipkingen, Flügelbahnhof) ist es höchste Zeit, eine planerische Denkpause einzuschalten, um planerische Fehlentscheide und Investitionsruinen zu verhindern. Die Stadt Zürich soll deshalb Einsprache resp. Beschwerde erheben, mit dem Ziel einen 1-jährigen Baustopp für alle hängigen Projekte zu erwirken. Unter Einbezug von städtischen und kantonalen VertreterInnen soll das Gesamtkonzept und die einzelnen Teilprojekte auf Alternativen überprüft werden. Neben baulichen Alternativen (unterirdischer Bahnhof, Tunnel Zürichberg-West, Alternative Wipkinger Viadukt West etc.) sollen vor allem auch betriebliche Alternativen (Frequenzen, alternative Entflechtungsmöglichkeiten Bahn 2000/S-Bahn, Nutzung der neuestens Zuggleittechnik etc.) geprüft

werden. Wünschbar ist nicht eine Planungsübung hinter verschlossenen Türen. Es sollte vielmehr angestrebt werden, eine Debatte über diese Fragen in den politischen Gremien (z.B: gemeinsames Hearing der Stadtentwicklungs- und TED-Kommissionen des Gemeinderates) und in der Öffentlichkeit (Publikumsveranstaltungen, Hearings) zu veranstalten. Mit einem einjährigen Plangenehmigungsstop könnten Fehlinvestitionen und aufwendige Rechtsstreitigkeiten gegen die einzelnen Projekte vermieden werden, eine nennenswerte Verzögerung der Lösung der anstehenden Probleme wäre kaum bewirkt.

Antrag auf dringliche Behandlung zusammen mit dem bereits dringlich erklärten Postulat Schönbacher vom 27. Mai 1998 (GR 98/162)

M. Müller

Dr. Müller